

INSTITUT „FINANZEN UND STEUERN“ e.V.

Postfach 7269

53072 Bonn

IFSt-Schrift Nr. 413

**Die EU-Politik im Bereich der  
Umsatzbesteuerung des Internethandels**

Dr. Karl Wolfgang Menck, HWWA

in Zusammenarbeit mit

Prof. em. Dr. Leif Mutén, Stockholm School of Economics



Bonn, im März 2004

# Inhalt

Seite:

A. Einleitung	5
I. Die neue deutsche Umsatzbesteuerung des Internet- Handels – Vollzug der EU-Vorgaben	5
II. Die EU-Steuerpolitik mit Blick auf Drittstaaten	9
B. Die gemeinschaftsrechtliche Ausgestaltung der Internetbesteuerung	14
I. Internet: Bisher ein sperriger Gegenstand für die Steuerpolitik	19
II. Ziele und Leitlinien der Europäischen Kommission	23
III. Die Entstehung der E-Commerce-Richtlinie	26
IV. Wesentlicher Inhalt der E-Commerce-Richtlinie	30
1. Elektronisch erbrachte Dienstleistungen	30
2. Leistungsort	31
3. Allgemeine Registrierungspflichten	32
4. Sonderregelung für die Registrierung von Drittlandsunternehmen, die Leistungen an Privatkunden in der EU erbringen	33
5. Steuersatz	35
6. Elektronische Erklärungen	36

V.	Bewertung der EU-Lösung	36
1.	Vorteil: Beibehaltung der Prinzipien bei Erhebungseffizienz im Rahmen des Möglichen	36
2.	Mängel (1): Hoher Verwaltungsaufwand für Pflichtige und die Fiski	39
3.	Mängel (2): Insellösung statt weltoffenes Konzept	41
4.	Mängel (3): Kein Konsens mit den USA	43
5.	Mängel (4): Vollzugsunsicherheit	46
VI.	Noch ein langer Weg bis zu einer überzeugenden europäischen Internet-Besteuerung – Andere Wege?	47
C.	Zusammenfassung	53